

FRAKTIONSINFO

Nr. 17, Winter 2021

Haushalt 2021 - DIE LINKE für soziale Veränderungen!

Zunächst eine gute Nachricht. Der Bund erhöht seinen Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Beziehende. Dies führt zur Entlastung von ca. 27,6 Millionen Euro für die Städte und Gemeinden des Regionalverbandes.

Der Regionalverband zählt zu den Regionen in Deutschland mit den höchsten Verschuldungsraten. Schuldner*innen müssen derzeit wochenlang auf eine Erstberatung warten. DIE LINKE. Fraktion fordert deshalb eine zusätzliche Berater*innenstelle um den belasteten Menschen zügig zu helfen.

das Jobcenter den erhöhten, berechtigten Ansprüchen nicht gerecht wird. Unser dritter Antrag beschäftigt sich mit der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zur Museenbahn „Kohle und Stahl“ im Warndt.

Laut Vorgaben des Landes muss eine vom Regionalverband durchgeführte externe Studie beauftragt werden. Außerdem muss die Museenbahn im Tourismuskonzept aufgeführt werden. Mittlerweile wird eine Forderung der Linken, die Reaktivierung der Rosseltalbahn, ernsthaft diskutiert. Dies würde u.a. die Chance des grenzüberschreitenden Tourismus im Warndt verbessern. Eine reaktivierte Rosseltalbahn hätte viele Vorteile, u.a. Verringerung des Individualverkehrs und eine damit verbundene Verbesserung der Luftqualität.

SOZIALES UND REGION

Die oft für die Bevölkerung belastenden endlosen Staus könnten reduziert werden. Die von uns geforderte Museenbahn wird dann einen erheblichen Beitrag zur touristischen und damit auch wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieregion zwischen Weltkulturerbe, dem Premiumstandort Velsen und perspektivisch auch dem Kohlemuseum „La Mine“ in Petite Rosselle leisten.

Zusammenfassend belasten die Anträge unserer Fraktion den Haushalt nur unwesentlich.

Sie zeugen aber von einer gelungenen Mischung zwischen sozialem Engagement und einer zukunftsweisen Regionalentwicklung.



Jürgen Trenz, Fraktionsvorsitzender



Die Soziallasten der Kommunen, auch ausgelöst durch Corona, steigen immer weiter. Deshalb ist es erfreulich, dass die Umlage seit längerer Zeit wieder sinkt.

LINKE ANTRÄGE

Die Menschen in unserem Land sind zunehmend verschuldet, Armut steigt und es ist eine Welle von Insolvenzen zu befürchten. DIE LINKE. Fraktion hat deshalb Anträge für den Haushalt 2021 gestellt. Alle Forderungen haben zusammen ein Volumen von 125.000 Euro, bei einem Gesamthaushalt von 473 Millionen Euro sicherlich machbare Ausgaben.

Der zweite Antrag betrifft die Sozialberatung der Gemeinwesenarbeit Burbach. Der Stadtteil hat mittlerweile eine SGB-II-Quote von fast 40 % und zusätzlich eine Grundsicherungsquote von fast 14 %. Corona und der Wegfall von Minijobs haben die Krise weiter verschärft. Wir fordern deshalb Mittel um zwei zusätzliche Vollzeitstellen zu finanzieren. Bei einer Drittelfinanzierung trägt der Regionalverband Kosten von 40.000 Euro. Die Linke Stadtratsfraktion in Saarbrücken stellt deshalb auch einen Antrag um die verbleibenden Gelder durch die Stadt sicherzustellen. Die höhere Personalisierung ist auch deshalb notwendig, weil

Schulen des Regionalverbandes und Corona

Wenn man dem Thema Schule und Corona einigermaßen gerecht werden will, muss man unterscheiden zwischen

1. Beseitigung vorhandener baulichen Mängel bzw. Einleitung notwendiger Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen

- fehlende oder eingeschränkte Lüftungsmöglichkeiten durch dauerhaft geschlossene bzw. feststehende Fenster- fehlender Warmwasseranschluss im Klassensaal bzw. gar nicht vorhandene Wasserzapfstelle im Klassenraum- zu geringe Raumgrößen (zu viele Schüler auf zu wenigen Quadratmetern) und

2. fehlender Reorganisationsbereitschaft der in „Normalzeiten“ gewohnten Zustände und Abläufe bei Schülern sowie Lehrern und nichtpädagogischem Personal.

Beispielhaft seien nur einige Sachverhalte genannt: - „Unteilbarkeit“ der Klassengröße, da das Stundendeputat der Lehrkraft nicht überschritten werden (darf, soll (?)) - Festhalten am Vormittagsunterricht- Pausenzeiten??

Die unter Punkt 1 genannten Sachverhalte und denkbaren Maßnahmen fallen in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich des Schulträgers. Hier ist festzustellen, dass der Regionalverband für seine Schulen bereits seit etlichen Jahren einen Investitionsstau von mehr als 30 Millionen Euro vor sich herschiebt. Unabhängig von dem – nicht infrage gestellten – guten Willen der Verantwortlichen ist festzustellen, dass größere bauliche Maßnahmen nicht von heute auf morgen umsetzbar sind, sondern einer gewissen „Vorlaufzeit“ bedürfen. Insofern hat unsere Fraktion es sehr begrüßt, dass viele – eigentlich für die Sommerferien vorgesehene Maßnahmen – bereits in der Zeit des ersten Lockdowns durchgeführt wurden. Leider konnten nicht alle unter Punkt 1 genannten Maßnahmen abschließend durchgeführt werden. Begrüßenswert ist, dass im Ausschuss für Schul- und Bauangelegenheiten und danach in der Regionalversammlung die Anschaffung



von ca. 1000 CO2-Meldern einstimmig beschlossen wurde. Leider wurde bisher noch keine leistungsstarke und gleichzeitig kostengünstige Lösung für den permanenten Raumluftauftausch bzw. die Raumluftfilterung gefunden. Damit bleibt es zunächst bei den im Pandemiekonzept für die Schulen vorgesehenen Lüftungsvorgaben.

ABSTANDSGEBOT

Hinsichtlich der unter Punkt 2 genannten Sachverhalte, die im Wesentlichen die zeitliche und räumliche Unterrichtsorganisation betreffen, sollten alle Beteiligten (Lehrkräfte, Schüler, Schulleitung, Schulaufsicht sowie Eltern und Lehrerverbände) Wege finden, wie dem berechtigten Anspruch der Schülerschaft auf Bildung und Chancengleichheit mit anderen Jahrgängen Rechnung getragen werden kann. Ein Weg könnte z.B. sein, dass zur konsequenten Wahrung des Abstandsgebotes in den vorhandenen Klassenräumen

a) die Klasse geteilt wird – eine Hälfte mit Vormittagsunterricht z.B. von 8:00 Uhr bis 11:25 Uhr die andere Hälfte mit Nachmittagsunterricht z.B. von 12:00 Uhr bis 15:25 Uhr

b) die Gesamtzahl der Unterrichtsstunden je Fach etwas reduziert wird (bei halber Klassengröße ist der Unterricht

für Schüler „intensiver“ bzw. effektiver) **c)** die Lehrkräfte leisten in geringem Umfang „Mehrarbeitsstunden“, die natürlich vergütet werden.

Zwingende Maßnahme für das Gelingen dieses Modells wäre die Einbindung der Lehrkräfte, der Schüler- und Elternvertretung, der Schulleitung sowie der Schulaufsicht in Planung und Ausgestaltung des Grobkonzeptes.

Anmerkung des Verfassers:

Mir ist völlig klar, dass insbesondere der unter Punkt 2 gemachte „Vorschlag“ als Einmischung Schulfremder in schulinterne Angelegenheiten verstanden werden könnte. Dem ist nicht so! Der o.a. Vorschlag wurde am Berufsbildungszentrum Saarbrücken 1 Ende der siebziger Jahre bei der Einführung des Blockunterrichts im Radio- und Fernsehetechnikerhandwerk bereits erfolgreich erprobt. Damals wurde der sog. 2. Berufsschultag in Form des Blockunterrichtes eingeführt, was de facto einer Verdopplung der Wochenunterrichtsstunden für die Schüler bei – vorübergehend – gleichbleibender verfügbarer Lehrerstundenanzahl entsprach. Die Nachpersonalisierung brauchte auch damals schon ihre Zeit!

Sigurd Gilcher,

Schul- und Bauausschuss

Beitragsfreies Mittagessen an Ganztagschulen

DIE LINKE hatte am 15.02.2020 einen Antrag für das kostenfreie Mittagessen an den drei gebundenen Ganztagschulen des Regionalverbands, Völklingen-Hermann Neuberger, Saarbrücken-Ludwigspark und Saarbrücken-Bellevue, bei der Verwaltung des Regionalverbands eingebracht. In einer Vorberatung des Unterausschuss Jugendhilfeplanung wurde der Antrag durch Petra Hennig vorgestellt, begründet und einstimmig als gut befunden.

U.a. wurde darauf hingewiesen, dass der Einzug des Kostenbeitrages einen erheblichen Aufwand verursacht.

GEGEN STIGMATISIERUNG

Verweigert man den Kindern, für die keine Beiträge bezahlt werden das Mittagessen, bedeutet dies eine nicht hinzunehmende Stigmatisierung! Am 22.06.2020 wurde der Antrag im Jugendhilfeausschuss vorgetragen. Mittlerweile konnte, aufgrund von Mitteln aus dem Aktionsplan gegen

Armut des Landes, das kostenlose Mittagessen im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden. Die Rolle der Fraktion DIE LINKE wurde dabei ausdrücklich erwähnt.

*Petra Hennig,
Jugendhilfeausschuss*



DIE LINKE fordert Hilfe für arme Menschen in der Corona-Krise

In der jetzigen Situation brauchen wir Akuthilfen für arme Menschen die durch die Corona-Krise hart getroffen sind.

GILLO MUSS HANDELN

Der Regionalverband mit seinem Regionalverbandsdirektor Gillo, dem Jobcenter und dem Sozialamt müssen handeln!

Seit Ausbruch der Pandemie sind insbesondere die Lebensmittelpreise stark angestiegen.

DIREKTHILFEN NÖTIG

Für Hygienemaßnahmen im Rahmen der Coronapandemie entstanden und entstehen Kosten die von den Betroffenen selbst getragen werden müssen. Durch den teilweisen Wegfall von Schulunterricht ist auch Schulesen und Verpflegung mit Obst entfallen. Hart getroffen sind auch all Diejenigen die in der Krise ihren Job verloren haben. Insbesondere der Verlust von Minijobs wird in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst.

Für all die Betroffenen ist schnelle Hilfe, auch durch den Regionalverband, dringend notwendig. In dieser Beziehung herrscht derzeit Funkstille. Der Regionalverband muss sich auch

gegenüber Land und Bund für finanzielle Direkthilfen einsetzen. 100 € Pandemiezuschlag und 600 € Regelsatz für Sozialleistungsbeziehende muss drin sein!

*Manfred Klasen,
Referent für Öffentlichkeitsarbeit*



Antrag zu Corona Masken

DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband hatte beantragt, Beziehende von Sozialleistungen (Hartz-IV-Beziehende, Grundsicherungsbeziehende etc.) mit je zwei kostenlosen, waschbaren Corona-Masken auszustatten. Mit der kostenlosen Verteilung von Masken könnte, im Sinne des Infektionsschutzes, ein wichtiger Beitrag zum allgemeinen Gesundheitsschutz geleistet werden!

MEDIZINISCHE MASKEN

Nachdem der Antrag zunächst auf Widerstand der großen Koalition stieß, konnte man sich letztlich darauf einigen, dass die vorhandenen Kapazitäten von Masken, in sozialen Einrichtungen, abgeholt werden können. Nachdem

die Verwaltung davon zwischenzeitlich nichts mehr wissen wollte, ist unklar, wo und ob die Masken verfügbar sind. Mittlerweile besteht die Pflicht in Bussen und Bahnen, Geschäften und Altenheimen medizinische Masken, entweder FFP-2-Masken oder OP-Masken, zu benutzen. Die Landesregierung will Bezieher*innen von Sozialleistungen zumindest OP-Masken kostenlos zukommen lassen. Es hat gedauert aber nach entsprechendem Druck von Initiativen und Institutionen ist jetzt eine Lösung, wenn auch nicht die Beste, in der Umsetzung.

*Manfred Klasen,
Referent für Öffentlichkeitsarbeit*

Corona-Hotline von Regionalverband und Land

Mit wie vielen Leuten darf ich mich wo oder besser nicht treffen, was mache ich, wenn ich infiziert bin und vor allem wie und wo kann ich mich zur Corona-Impfung anmelden?

Der Regionalverband und das Land haben jeweils Hotlines eingerichtet die Fragen rund um das Thema Corona beantworten:

Regionalverband (Gesundheitsamt)

Tel. (0681) 506-5305,

Mo - Fr: 08 - 15 Uhr

Land (Gesundheitsministerium)

Tel. (0681) 501-4422,

Mo - So: 07 - 20 Uhr

Laut Auskunft des Landes kann es an der Hotline zu erheblichen Wartezeiten kommen.

➔ Hier muss nachgebessert werden!

Manfred Klasen,

Referent für Öffentlichkeitsarbeit



Impfen gegen Corona!

Seit dem 27.12.2020 können sich in einem ersten Schritt Personen über 80 Jahren, Pflegekräfte und Ärzte in Einrichtungen sowie Intensivstationen, Notaufnahmen, Rettungsdiensten oder den Impfzentren gegen das Corona-Virus, mit dem Impfstoff von BioNTech, impfen lassen. Im ehemaligen Saarbrücker Messegelände ist

dazu das Impfzentrum für den Regionalverband Saarbrücken eingerichtet worden. Für die Aufnahme in die Impfliste muss man sich anmelden, per Internet oder über das Impftelefon des Gesundheitsministeriums unter:

Telefon: 0681 501-44 22

oder 0800 999 15 99.

Nach deutlichen Protesten auch von linker Seite gegen die Bedingungen der Terminvergabe werden die potenziell Impfberechtigten auch postalisch angeschrieben! Gemeinsame Termine von Ehepaaren sind möglich.

Manfred Klasen,

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Corona und Freizeit

In Zeiten in denen die meisten Freizeiteinrichtungen wegen der Corona-Pandemie geschlossen sind, entschließen sich immer mehr Menschen zu Spaziergängen und Wanderungen in Wäldern, um Weiher und Seen oder in der Nähe von Tierparks. An einigen dieser Ausflugsorte können zur Verpflegung Speisen und Getränke gekauft werden (eine Auswahl):

Karlsbrunn-Warndt (Jagdschloss, Forstgarten, Wildgehege, Wanderung zum Aussichtspunkt Warndt-Canyon, Spaziergang zum Nikolausweiher) Zwei Verpflegungsstationen am Ortsende (Wildpark-Kiosk) und unterhalb des Tannenhofs

Deutsch-Französischer Garten Saarbrücken. Mehrere Verpflegungspunkte rund um den Deutschmühlenweiher u.a. mit Kaffee, Gegrilltem und Gebackenem, sowie kalten Getränken.

Die Toiletten sind geöffnet.

Saarufer (Saarbrücker Staden) von der Alten Brücke bis zur Daarler Brücke (Blick zum Schloss, zum Landtag und zum Kraftwerk Römerbrücke, Graffitiwand) Mehrere Verkaufsstellen für Speisen und Getränke am St.Johanner Markt sowie Verkaufsautomaten der Fleischwarenfabriken Nähe Kraftwerk Römerbrücke

Wenn im Regionalverband der Inzidenzwert von 200 Infizierten pro 100.000 Einwohner (in den letzten sieben Tagen) überschritten wird gilt für touristische Reisen ein maximaler Radius von 15 km, rund um die jeweilige Wohnadresse!

Manfred Klasen,

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Impressum

V.i.S.d.P.

Jürgen Trezn, Kettelerstraße 2,
66299 Friedrichsthal

Redaktion:

Manfred Klasen

Korrektur:

Dr. Bärbel Metzinger

DIE LINKE. Fraktion

im Regionalverband Saarbrücken

Dr. Bärbel Metzinger

(Geschäftsführerin)

Saarbrücker Schloss

66119 Saarbrücken

Tel. 0681 – 506-8900

Mail:

info@dielinke-regionalverband.de

Internet:

www.dielinke-regionalverband.de